



BürgerInnenbrief

2. Juli 2014

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Einheitsgemeinde & Evokation +++ Flüchtlingspolitik: eine Schande +++ Keine Seilbahn! +++ Wohnungsbau für wen?

Liebe Leserinnen und Leser,



Sommer in der Stadt – und: Nach dem Wahlkampf ist vor dem Wahlkampf... (M. Joho)

der Sommer ist noch nicht wirklich ausgebrochen, Hochs und Tiefs ringen um die Macht, so war es kürzlich einmal auf NDR 90,3 zu hören. Auch wir machen jetzt ein bisschen Pause und verabschieden uns überwiegend für zwei, drei Wochen aus Hamburg.

Doch bevor es soweit ist, legen wir noch eine neue Ausgabe des BürgerInnenbriefes vor und verbinden sie mit dem herzlichen Dank an das Informationsinteresse im Allgemeinen und die am 25. Mai erzielten Wahlergebnisse für DIE LINKE im Besonderen. Bei der Europawahl konnte sie von 6,7% (2009) auf 8,6% zulegen, allerdings bei weiter rückläufiger Wahlbeteiligung auf nur noch 43,5% in Hamburg. Bei den Wahlen zu den sieben Bezirksversammlungen konnten die LINKEN überall zusätzliche Mandate erringen, im Durch-

schnitt stiegen die Bezirksstimmen von 7,0% (2011) auf 10,2% an, auch hier jedoch bei einer geringen Wahlbeteiligung von 40,9%. DIE LINKE gewinnt an Unterstützung, das freut uns, die stetig abnehmende Wahlbeteiligung aber stimmt nachdenklich und erfordert neue Anstrengungen, mehr BürgerInnenbeteiligung auf allen Ebenen durchzusetzen.

Wir wünschen allen ein paar sonnenbeschienene Wochen und eine entspannende Zeit, egal ob auf dem Balkon, an der See oder in den Bergen ... Mitte August melden wir uns wieder, schon mit Blick auf die Bürgerschaftswahl im Februar 2015.

Heike Sudmann und Tim Golke
sowie Michael Joho für die Redaktion

Einheitsgemeinde, Evokation & Beteiligung

von Tim Golke



Foto links: M. Joho, Hintergrund (Rathaus Altona): wikipedia

Die im Titel genannten Begriffe umreißen Herausforderungen für eine solidarische Stadt im 21. Jahrhundert: BürgerInnenbeteiligung, Partizipation und neue Formen der selbstorganisierten Gestaltung der Stadt haben in den vergangenen Jahren einen enormen Auftrieb erfahren. DIE LINKE steht diesen Entwicklungen außerordentlich positiv gegenüber, spiegelt sich darin doch der Anspruch der Menschen, die Stadt und ihre Quartiere nicht mehr denen »da oben« zu überlassen, sondern die Dinge »da unten« zunehmend selbst in die Hand zu nehmen, wenigstens aber ein lautes Wörtchen mitzureden. Elemente dieser »Politik von unten« sind Volksgesetzgebung auf Landes- und Bürgerentscheide auf Bezirksebene. Kleineräumiger haben sich über Sanierungsgebiete und das RISE-Programm aktive Quartiers- und Stadtteilbeiräte gebildet, die gegenüber Bezirk und Bürgerschaft deutlich das Wort für die Belange der Menschen in ihren Vierteln ergreifen.

Demgegenüber steht die Politik des SPD-Senats, der eine schon sparsame finanzielle Ausstattung von Beiräten nach einigen Jahren jeweils wieder streichen und der Bürgerentscheide auf Bezirksebene im Einzelfall durch Anweisungen aushebeln will. Auch die »Einheitsgemeinde« - Land und Kommune/Gemeinde sind, anders als in Flächenstaaten, in Hamburg eins - steht einer größeren Mitbestimmung auf Bezirksebene außerhalb von Wahlen entgegen. Artikel 4 Absatz 1 der Hamburgischen Landesverfassung lautet lapidar: »In der Freien und Hansestadt Hamburg werden staatliche und gemeindliche Aufgaben nicht getrennt.« In der Folge dieser Regelung sind die Bezirksversammlungen und ihre Beschlüsse letztlich der Weisungsbefugnis des Senats unterworfen. Weisungen, die auch für Bürgerentscheide in den Bezirken gelten, da diese nur einem Beschluss der Bezirksversammlung gleichkommen, anders als ein erfolgreicher Volksentscheid, der einem Beschluss der Bürgerschaft gleichgestellt ist und vom Senat wenigstens formal nicht übergangen werden darf.

Das so genannte Evokationsrecht des Senats steht einer Politik »von unten« entgegen. Dieses beinhaltet, dass er Bürgerentscheide kassieren oder den Bezirken Bebauungsplanverfahren »wegnehmen« und diese in eigener Regie mit nur noch marginaler Beteiligung der betroffenen Bezirke durchführen kann, um sie dann ggfs. von der Bürgerschaft beschließen zu lassen. Ein noch recht aktuelles Beispiel dafür ist der Bebauungsplan (B-Plan) Langenhorn 73, bei dem der Senat den erfolgreichen Bürgerentscheid gegen den Abriss der Wulffschen Siedlung evozierte, übrigens zugunsten des Investors, der jetzt neue, deutlich teurere Wohneinheiten auf dem Areal errichten kann. Dieses Evokationsrecht kann abgeschafft werden, ohne dass dadurch Probleme in der gesamtstädtischen Entwicklung entstehen, denn der Bürgerschaft steht mit dem Flächennutzungsplan (F-Plan) ein zentrales Instrument zur gesamtstädtischen Planung zur Verfügung. Ein Instrument, welches momentan noch den Bebauungsplanverfahren nachgeht. Immer wenn ein B-Plan auch eine F-Plan-Änderung erfordert, muss diese kleinteilig in der Bürgerschaft debattiert und beschlossen werden.

Ich unterstütze daher alle Ansätze, die auf der einen Seite dazu dienen, die Mitwirkungs-, Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten und -rechte der BürgerInnen, ihrer Vereine und Initiativen - der Zivilgesellschaft also - auszubauen. Auf der anderen Seite ist die Stärkung der Kompetenzen der Bezirksversammlungen und Bezirke stete Forderung der LINKEN in Hamburg.

Wir brauchen wie z.B. in Berlin eigene Bezirkshaushalte, mit denen wichtige Aufgaben in den Bezirken finanziert werden können. Dies schafft die Freie und Hansestadt Hamburg als Einheitsgemeinde nicht ab, entschärft nur nachhaltig den in Hamburg üblichen Zentralismus, der dazu führt, dass Hamburgs Bezirke mit jeweils Hunderttausenden BewohnerInnen weniger Rechte haben als jede Kreisstadt in der Fläche. Na-

türlich muss bei Aufgabenübertragungen an die Bezirke das Konnexitätsprinzip eingeführt werden. Das bedeutet, dass Aufgaben der Bezirke auskömmlich finanziert sein und neue Aufgaben auch zu einer Erhöhung der bezirklichen Finanzmittel führen müssen. Und Ausschüsse der Bezirke – auch die Bauausschüsse – sollen nach Überzeugung der LINKEN grundsätzlich öffentlich tagen.

Abzulehnen ist eine vom SPD-Senat immer wieder großspurig verkündete, im Kern aber nur vorgegaukelte Beteiligung, die auf der Ebene von Informationsvermittlung und wirkungslosen »Dialogveranstaltungen« stehen bleibt. Diese Beteiligungsfalle hat bei vielen engagierten BürgerInnen zu Frustration und Wut geführt, weil die SPD-geführten Bezirksämter und der Senat dann letztlich doch gemacht haben, was sie immer vorhatten. Von BürgerInnenbeteiligung auf Augenhöhe ist in dieser Stadt nichts zu spüren. Die vom SPD-Senat eingeführten »Stadtwerkstätten« zu zentralen Aspekten der Stadtentwicklung sind eine eigentlich gute Sache, bleiben aber eine Angelegenheit von Profis und Großkopfen. Wir fordern, dieses Modell durch »Stadtteilwerkstätten« zu ergänzen, auf denen die BürgerInnen vor Ort über ihre Vorstellungen diskutieren und Pläne für ihre Umgebung schmieden können.

Wir brauchen darüber hinaus vor allem auch eine Verstärkung und Ausweitung der Stadtteil- und Quartiersbeiräte, die

auf unterster Ebene die institutionalisierte Mitwirkung der Menschen vor Ort garantieren und die Arbeit der Bezirksversammlungen flankieren. Für diese Beiräte muss auf Hamburger Ebene ein eigener, auskömmlicher Etatposten geschaffen werden, Beiräte sind im Bezirksverwaltungsgesetz als eine neue Säule der Metropolen- und Stadtteildemokratie zu verankern und mit selbstverwalteten Verfügungsfonds auszustatten.

Diese Positionen stehen nicht im erklärten Widerspruch zu einer Auflösung der Einheitsgemeinde. Nach meiner Überzeugung aber würde eine sofortige Auflösung der Einheitsgemeinde eine große Herausforderung darstellen. Als Beispiel sei hier nur der notwendige Finanzausgleich zwischen den Bezirken und die Lösung der jetzt schon komplizierten Schnittstellenproblematik nicht nur im Bereich der Jugendhilfe angeführt. Doch auch diese Fragen sind lösbar.

Zu guter Letzt: Metropolen- und Stadtteildemokratie sind keine festgefügte, endgültig festzulegende Struktur. Vielmehr gilt es, diese permanent zu überprüfen, mit Leben zu erfüllen und zu verändern. Politik und Verwaltung sind für die Menschen da, nicht umgekehrt. Politik und Verwaltung müssen sich daher eine andere Philosophie zu eigen machen, in der das Ernstnehmen und die Anerkennung der BürgerInnen als Betroffene und ExpertInnen ihrer Angelegenheiten einen neuen Stellenwert bekommt.

Fahr Rad: Wort & Wirklichkeit der Senatspolitik

von Heike Sudmann



Fahrradsternfahrt am 15.6. (H. Sudmann)

Fahrradfahren wird immer beliebter. So war die diesjährige Fahrradsternfahrt am 15. Juni ein Riesenerfolg: 22.000 RadlerInnen eroberten symbolisch und real die Hamburger Straßen.

Alle, mit denen ich gesprochen habe, waren begeistert. Sie mussten sich nicht über buckelige, schmale, von diversen Einfahrten gesäumte Radwege quälen; keine Bettelampel zwang sie zum Warten an der Kreuzung; keine AutofahrerIn hupte, weil mit dem Rad auf der Straße gefahren wurde, fuhr oder

überholte viel zu eng. In leichter Abwandlung des alten Autoslogans galt an diesem Sonntag: »Freie Fahrradfahrt für freie BürgerInnen!«

Wer auf die Homepage der Verkehrsbehörde (BWVI) guckt, fragt sich, wieso eigentlich nicht schon alles Klasse ist in Hamburg. Hier wird fast alles aufgelistet, weshalb Radfahren nicht nur in Hamburg gefördert werden muss (<http://www.hamburg.de/radverkehr/2995622/gruende-fuer-das-radfahren/>):

»Warum fördert Hamburg das Radfahren? (...)

- Regelmäßiges Radfahren verbessert die Gesundheit und verlängert die Lebenserwartung (Grundregel: 5 mal 30 Minuten körperliche Bewegung pro Woche).
- Radfahren benötigt keine fossilen Brennstoffe. Man verbrennt nur sein eigenes Fett (cars burn money, bikes burn fat) → Autos verbrennen Geld, Fahrräder verbrennen Fett).
- Radfahrer und Radfahrerinnen sparen Platz, sind leise und bewegen sich fort, ohne Schadstoffe zu erzeugen.
- Die Förderung des Radverkehrs kostet wenig und bringt finanziellen Nutzen: Zwei investierte Euro in den Radverkehr ersparen fünf Euro an Aufwendungen im Gesundheitssystem, gab das EU-geförderte Projekt Trendy Travel bekannt.
- Radfahren ist die schnellste Verkehrsart in der Stadt: Bei Strecken bis 5 Kilometer kommt man auf zwei Rädern schneller ans Ziel als mit dem Auto, ergab die Studie Mobility Cultura 2003. Das »Hamburger Abendblatt« hat für Strecken bis zu 10 km in Hamburg ähnliche Ergebnisse erzielt.
- Radfahren ist sicherer, als viele meinen. Nur 1 Prozent der Kopfverletzungen gehen auf Radunfälle zurück, genauso viele wie bei Fußgängerunfällen. Aber 48 Prozent der Kopfverletzungen haben in Autounfällen ihre Ursache, so das Kuratorium ZNS 2004.
- Städte mit viel Rad- und Fußgängerverkehr sind in der Regel lebenswerte Städte.

Gerade für regelmäßige tägliche Wege zur Schule oder zur Arbeit ist das Fahrrad gut geeignet. Die Bewegung an frischer Luft baut Stresshormone ab, das Herz-Kreislauf-System wird trainiert und die Muskulatur gestärkt. Bei regelmäßig Rad Fahren treten seltener Probleme bei Bluthochdruck und mit der Rückenmuskulatur auf. Es ist nachgewiesen, dass regelmäßige Radfahrer seltener krank und insgesamt kürzer gemeldet sind als ihre Kollegen, die selten oder gar nicht Rad fahren. Nach einer derartigen Studie ist ein volkswirtschaftlicher Gewinn von 2.000 bis 4.000 Euro pro Person durch konsequente Radverkehrsförderung möglich.«

Wer so etwas schreibt, muss ja geradezu beseelt vom Fahrrad sein und alles tun, was den Radverkehr verbessert. Ein Blick auf die reale Verkehrspolitik des Senats zeigt hier je-

doch ein Phänomen, das in einfachen Worten »mit viel Gerede und nichts passiert« oder wissenschaftlich mit »verbaler Aufgeschlossenheit bei gleichzeitiger Verhaltensstarre« beschrieben werden kann. Verhaltensstarr ist dieser Senat immer dann, wenn er sich für Alternativen zum Autoverkehr entscheiden muss. So schreibt er z.B. in seinem »Mobilitätsprogramm 2013« (S. 43): »Verbesserungen der Infrastruktur für den Fuß- und Radverkehr sind auf Grund der hohen Nutzungskonkurrenzen im öffentlichen Straßenraum oft schwer durchsetzbar. Sie lassen sich i.d.R. nur durch eine Umverteilung innerhalb des Straßenraumes und oft zu Lasten des MIV (= Motorisierter Individualverkehr, H.S.) erzielen.« Doch nach dieser Beschreibung erfolgt nichts, keine Bewegung mit einer Ansage wie: Wir werden uns – trotzdem – für die Förderung des Radverkehrs einsetzen und das Um- bzw. Aussteigen aus dem Auto fördern.

Ebenso erschreckt und starr bleibt der Senat, wenn es darum geht, Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in der Stadt festzusetzen. Der Verkehr würde sicherer, besser fließen und die Lärmbelastung durch den MIV erwiesenermaßen sinken.

Hamburg kann einfach dem Beispiel der Millionenstadt Paris folgen, die nunmehr Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit einführen will. Regelgeschwindigkeit heißt übrigens nicht, dass überall maximal 30 km/h schnell gefahren werden darf. So wie heute Tempo 30 als Ausnahme von der Regel zu beantragen ist, wäre in Zukunft Tempo 50 z.B. für wichtige Verbindungsstraßen zu beantragen, wenn die Verkehrssicherheit und ein ausreichender Lärmschutz gegeben sind. Die Autobahnen werden wie heute auch von der Regelgeschwindigkeit in der Stadt ausgenommen.

Ein kleiner Beitrag zur Radförderung ist auch die Erweiterung der Fahrradmitnahmezeiten im HVV. Deshalb hat die Linksfraktion in der Bürgerschaft beantragt, dass nicht nur in den Sommerferien, sondern in allen Hamburger Schulferien die Sperrzeiten aufgehoben werden. In den Ferienzeiten ist nicht nur spürbar weniger Verkehr auf den Straßen, sondern auch in den Bahnen mehr Platz. Die Beschränkung der Aufhebung der Sperrzeiten auf die Ferienzeiten berücksichtigt die Kapazitätsprobleme im HVV. Langfristiges Ziel muss es sein, die Kapazitäten des HVV so auszubauen, dass die Sperrzeiten wegfallen können.



Neuer Radweg durch Borgfelde (M. Fisch)

Europas und Hamburgs Schande

Von Joachim Bischoff und Antje Schellner



Demo zu Gefahrengeländen, 18.1.2014 (M. Joho)

Sozialsenator Scheele wurde von der »Süddeutschen Zeitung« (20.6.2014) gefragt: »Mitten in Hamburg, in einem Park in Altona, haben 50 Menschen aus Rumänien über Wochen in Zelten und Autos campiert, darunter Schwangere und viele Kinder. Erschreckt Sie das?« Scheele war sichtlich nicht erschrocken, sondern verwies auf die Normalität: »Leider passiert das zurzeit allenthalben in deutschen Großstädten. Besonders stark betroffen sind Mannheim, Berlin und Duisburg.« Scheele unterstreicht: Der SPD-Senat steht mit dem Rücken zur Wand. »Wir gehen von den Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge aus, die für dieses Jahr eine Steigerung der Flüchtlingszahlen um etwa 30 Prozent melden. Aber Innenminister de Maizière nannte kürzlich in einem Interview schon wieder deutlich höhere Zahlen. Da würden wir finanziell und räumlich vor unglaublichen Problemen stehen.«

Die finanzielle Seite

Bereits Mitte 2013 räumte der Senat ein, dass die Angebote zur Unterbringung von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Wohnungslosen nicht ausreichen: »Auf Grund der aktuellen Entwicklungen, die zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung 2013/2014 in diesem Umfang nicht absehbar waren, sind zusätzliche Mittel für die Jahre 2013 und 2014 über die in den oben genannten Einzelplänen veranschlagten Haushaltsmittel hinaus erforderlich.«

Schon Mitte 2013 wurden deshalb folgende Mehrkosten in Anschlag gebracht: »Im Haushaltsjahr 2013 entstehen der Freien und Hansestadt Hamburg für die Anpassung der

Unterbringungskapazitäten und der finanziellen und personellen Ressourcen an die gestiegenen Zahlen von Zuwanderern und Wohnungslosen Mehrkosten in Höhe von 25.486 Tsd. Euro. Im Haushaltsjahr 2014 entstehen Mehrkosten von 45.664 Tsd. Euro.« (Bürgerschafts-Drucksache 20/8495 vom 25.6.2013, S. 25) Diese Mehrkosten wurden bislang aus dem Haushaltstitel »Globale Mehrausgabe für Haushaltsrisiken und Budgetaufstockungen« und dem Titel »Rückstellung für bezirkliche Sofortmaßnahmen« aufgebracht.

Die Erhöhung der Mittel für die Flüchtlingsbetreuung und Unterbringung von Wohnungslosen reicht nun aber für das laufende Jahr 2014 nicht aus. Scheeles Schlussfolgerung: »Wir bereiten gerade eine Nachforderung zum Haushalt vor. Da geht es um sehr viele Millionen Euro. Insgesamt werden wir dieses Jahr über 250 Mio. Euro für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen ausgeben. Bislang konnten wir Kürzungen in anderen Bereichen vermeiden. Aber wenn das in den nächsten Jahren so weitergeht, wird es sehr schwierig.« Die Nachforderung für 2014 beläuft sich auf insgesamt 148 Mio. Euro.

Die Entwicklung der Flüchtlingszahlen

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge rechnete für Deutschland im Jahr 2014 mit einer Steigerung der Flüchtlingszahlen um rund 30% gegenüber dem Vorjahr 2013, als 127.000 Frauen, Männer und Kinder kamen. Diese Zahlen und die sich daraus ergebenden Verteilungskontingente sind für die Bundesländer und Kommunen verpflichtend. Allerdings blieb diese Schätzung stets hinter der wirklichen Bewe-

gung zurück. Das Bundesamt ging zu Jahresbeginn für 2014 von 160.000 zu betreuenden Flüchtlingen aus, dazu kommen noch die Wohnungslosen aus der EU-Binnenwanderung und die BürgerInnen ohne Papiere und Registrierung. Ende Mai korrigierte das Bundesamt für Migration die Zahl auf 200.000.

In Hamburg leben Ende Juni 2014 rund 10.000 Flüchtlinge in öffentlichen Unterkünften. Weitere 4.000 Plätze werden gesucht. Der Senat geht davon aus, dass Ende des Jahres bei voller Auslastung 14.038 Plätze belegt sein werden. Angesichts der Dynamik bei EU-interner Zuwanderung und Flüchtlingsbewegung gehört wenig Phantasie dazu, von einer massiven Unterversorgung in Hamburg zu sprechen. Die Gesamtausgaben für Wohnungslose und registrierte Flüchtlinge werden sich auf deutlich mehr als die von Scheele veranschlagten 250 Mio. Euro für 2014 belaufen. Scheele weiß: Auch bei deutlich höheren Etatansätzen für den kommenden Doppelhaushalt 2015/16 kann bei einer wahrscheinlich weiter anwachsenden Unterbringung und Betreuung nicht mehr auf den Zaubertitel Mehrbedarfe für Haushaltsrisiken zurückgegriffen werden. »Wir müssen eine Kostenbeteiligung des Bundes diskutieren. Die finanziellen Belastungen der Kommunen sind extrem geworden.«

Auch der Bund muss seinen Beitrag leisten

Die Stadtstaaten und die Kommunen stehen wegen unzureichender Finanzen und der gesetzlichen Anforderungen der Schuldenbremse unter erheblichem Druck. Eine Kostenbeteiligung des Bundes oder ein gemeinsamer Fonds von Bund und Ländern zur Finanzierung der Flüchtlingshilfe wären mögliche Auswege. Scheele hat Recht: »Wir müssen darüber reden, dass der Bund uns hilft. Wenn ich mir Städte im Ruhrgebiet anschau, die schon in der Haushaltssicherung sind – das können wir Kommunen nicht alleine stemmen. Da müssen wir über eine Kostenbeteiligung des Bundes diskutieren. Die finanziellen Belastungen sind extrem geworden.«

Richtig ist auch: Die Berliner Republik kann und sollte ihren Beitrag zur Flüchtlingshilfe deutlich erhöhen. Das Bundesamt für Migration weist für das Jahr 2013 517.660 Zuzüge (Saldo aus Zu- und Fortzügen) von MigrantInnen aus (Staatsangehörige aus Nicht-EU-Staaten: +216.944, Staatsangehörige aus EU-Staaten: +300.716).

Insgesamt dürften sich ohne Berücksichtigung der Menschen »sans papiers« in der Republik damit rund 900.000 BürgerInnen aufhalten, die aus welchen Gründen auch immer ihre Existenz in den Heimatländern nicht mehr aufrechterhalten konnten. Dies ist eine vergleichsweise bescheidene Größenordnung. Auf knapp zwei Mio. BürgerInnen werden die Flüchtlinge in der EU geschätzt. Auch hier ist offenkundig, dass von einer ausgleichenden Verteilung auf die Mitgliedsländer keine Rede sein kann – und die von der EU zur Verfügung gestellten Finanzmittel zur Unterbringung und Betreuung sind mehr als bescheiden. Erst seit kurzem steht ein Fonds für Asyl, Einwanderung und Integration zur Verfügung, mit dem europäische Asylsysteme sowie die Integration von MigrantInnen verbessert werden sollen. Für die Zeit

Wir empfehlen die Unterzeichnung des Mitte Juni formulierten **»Manifests für Lampedusa in Hamburg«** unter: <http://manifest-fuer-lampedusa-hh.de/unterzeichnen/>. Zu den Erstunterzeichner/innen gehörten neben Prominenten wie Bela B., Jan Delay und Roger Willemsen auch die LINKEN-Vorsitzende Katja Kipping und von unserer Fraktion Christiane Schneider. Inzwischen haben mehr als 3500 Hamburger/innen unterschrieben. Und wir rufen auf zur Beteiligung an der **Demonstration am Samstag, 5. Juli, um 12.00 Uhr** ab Hachmannplatz (<http://lampedusa-hamburg.info> und <http://lampedusa-in-hamburg-professions.blogspot.de/>).

**Anerkennung der von Italien ausgestellten
Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse!
Lampedusa in Hamburg – they are here to stay!**



We demand our work permit!

Nous exigeons notre permis de travail!

**Demonstration 5. Juli 2014,
12.00 Hachmannplatz.
Ziel ist das ‚Lampedusa in
Hamburg-Haus‘ in der
Laeiszstraße.**

<http://lampedusa-in-hamburg-professions.blogspot.de/>
<http://lampedusa-hamburg.info/>

Spendenkonto des Gewerkschafter_innen-Kreises
Konto Frank Teichmüller bei der Bank Santander
Ktn.: 2297828600 BLZ: 500 333 00 IBAN: DE67
5003 3300 2297 8286 00 BIC: SCFDE33XXX

Verwendungszweck: Lampedusa.

von 2014 bis 2020 stehen für den Fonds 3,1 Mrd. Euro bereit. Deutschland könnte dank seiner hervorragenden ökonomischen Position und seines hohen Sozialniveaus erheblich mehr tun, um »Europas Schande« zu beenden. So hat Papst Franziskus die gegenwärtige Flüchtlingspolitik genannt.

Weltweit größtes Flüchtlingsaufkommen seit den 1990er Jahren

Die Schande von Europa und Hamburg wird offenkundig, wenn man einen Blick auf den jüngsten Jahresbericht des UN-Flüchtlingswerks wirft. Die Flüchtlings- und Vertriebenenzahlen haben ein Ausmaß erreicht, das an die katastro-

phalen Verhältnisse am Ende des Zweiten Weltkrieges erinnert. Derzeit befinden sich weltweit fast 51,2 Mio. Menschen auf der Flucht. 16,7 Mio. von ihnen gelten nach völkerrechtlicher Definition als Flüchtlinge. Neun von zehn Flüchtlingen (86%) leben in »Entwicklungsländern«, da die meisten Flüchtlinge lediglich in ein angrenzendes Nachbarland fliehen.

Den weit größeren Teil – 33,3 Mio. – bilden jedoch so genannte Binnenvertriebene (Internally Displaced Persons – IDP). Sie fliehen innerhalb ihres eigenen Landes, ohne dabei internationale Landesgrenzen zu überschreiten. Auch wenn Binnenvertriebene – anders als Flüchtlinge – nicht durch internationale Abkommen geschützt sind und das Mandat von UNHCR offiziell nicht für diese Personengruppe gilt, kümmert sich diese UNO-Organisation seit vielen Jahren um ihre Bedürfnisse. Denn oftmals befinden sie sich in sehr ähnlichen Situationen wie Flüchtlinge und haben einen ähnlichen Hilfsbedarf. Insgesamt kümmert sich UNHCR um 35,6 Mio. Menschen. Dazu zählen Flüchtlinge, Binnenflüchtlinge, AsylbewerberInnen, RückkehrerInnen und Staatenlose.

Europa ist ein fernes, häufig unerreichbares Ziel der Schutzsuchenden. 86% der Betroffenen flohen – wie bereits angemerkt – in ein Entwicklungsland, oft in einen Nachbarstaat. Die Anrainerstaaten tragen stets die Hauptlast. Hier wird die EU bei ihrer Aufnahmebereitschaft einen größeren Beitrag leisten müssen, unabhängig von ihrer Hilfe vor Ort. Der Anteil derer, die es überhaupt an die Grenzen Europas schaffen, ist im Vergleich schwindend gering.

Laut Bericht des UNHCR haben 2013 612.700 Personen in Nordamerika, Europa, Ostasien und der Pazifikregion Asyl gesucht. Zuletzt waren die Zahlen der Asylsuchenden 2001 auf diesem Niveau. Der größte Anstieg bei Asylanträgen nach Region wurde in den 38 europäischen Staaten verzeichnet. Insgesamt suchten in diesen Ländern rund ein Drittel mehr Menschen Asyl. In absoluten Zahlen waren das 484.600 Asylanträge. Deutschland führt die Liste mit 109.600 Anträgen an (damit liegt die aktuelle Zahl der Flüchtlinge/AsylbewerberInnen noch weit unter dem Niveau der 1990er Jahre: 1993 gab es ca. 440.000 AsylantragstellerInnen in Deutschland), dahinter folgen Frankreich (60.100) und Schweden (54.300). Die Türkei, die bereits 640.889 syrische Flüchtlinge registriert und somit die meisten Flüchtlinge in Europa aufgenommen hat, verzeichnete zusätzlich zu den syrischen Flüchtlingen noch 44.800 Asylanträge, hauptsächlich von IrakerInnen und AfghanInnen. In Italien wurden 27.800 Asylanträge entgegengenommen.

Deutschland hat eine relativ gute Ausgangsposition

Gemessen an der Unterstützung für Flüchtlinge und Asylsuchende ist Europas Schande drückend. Auch wenn PolitikerInnen immer wieder betonen, dass Deutschland im europäischen Vergleich doch einiges leiste, bleibt gleichwohl auch hier festzuhalten, dass das Land angesichts der drückenden Notsituationen keinesfalls mit dem Rücken zur Wand steht.

Auch die Hamburger SPD kultiviert die Haltung, man könne kaum mehr tun. Bürgermeister Scholz hat nach seiner Wiederwahl als SPD-Landesvorsitzender unterstrichen,



1947: Flüchtlinge in Hamburg (VSA: Archiv)

dass die anschwellenden Flüchtlingsströme aus aller Welt für Deutschland und Hamburg eine große Herausforderung darstellen. Scharf hat er den Vorwurf zurückgewiesen, der Senat tue nicht genug für diese Menschen.

»Wir geben etwa 250 Mio. Euro im Jahr für Flüchtlinge aus«, sagte Scholz. »Das ist eine Menge Geld.« Hamburg müsse alles in allem etwa 14.000 Plätze für Flüchtlinge bereitstellen, 4.000 fehlten noch, wobei man für 1.600 noch gar keine Vorstellung habe, wo diese entstehen könnten. Hamburg ist ohne Zweifel gefordert. Aber die in der nächsten Zeit sich verschärfende Flüchtlingssituation erfordert, dass neben Ressourcenschichtung im Haushalt und dem unverzichtbaren Druck auf Bundeslösungen auch in der Hamburger Bevölkerung offensiv für eine Haltung der Unterstützung und der Akzeptanz geworben wird.

Was die Politik im gesellschaftlichen Miteinander tun kann

Die Politik hat in der gegenwärtigen Situation eine hohe Verantwortung, denn es gilt, nicht als Brandstifter mit an der Lunte für gesellschaftlichen Sprengstoff zu zünden, sondern sich als Mittler zu begreifen. Daher ist die Einbeziehung der Bevölkerung der einzelnen Bezirke in die Lösungsfindung eine Grundvoraussetzung, um Akzeptanz zu schaffen.

Manch eine/r von uns ist nur auf der Welt, weil die Eltern oder Großeltern zu den rund 14 Mio. deutschen Flüchtlingen gehörten, die während und nach dem Zweiten Weltkrieg hier eine Aufnahme gefunden haben. Dies scheint uns in der Gegenwart weit aus dem Gedächtnis geraten zu sein. Es wäre eine Möglichkeit, hier auf verschiedenen Ebenen anzuknüpfen. Die wirklich relevante Frage jedoch ist, ob es uns gelingt, für ein Miteinander zu werben und die Kräfte zu stärken, die sich in diesem Sinne engagieren.

Ein Mitarbeiter der Allgemeinen Sozialen Dienste gab auf die Frage, was die Politik hinsichtlich der Flüchtlinge tun solle, die Antwort: »Sie müssen der Bevölkerung sagen, dass es keine funktionierende Abschottung geben wird, die Flüchtlinge werden kommen. Viele. Und es wird nur miteinander gehen.« Dies gilt es zu kommunizieren, hier gilt es Antworten und Lösungen zu suchen: Wie geht das Miteinander? Wie können wir ganz pragmatische Lösungen finden? Nicht nur

für die Vielzahl von benötigten Unterkünften, sondern auch für die Einbindung der Menschen in unsere Kultur und Gesellschaft. Hier braucht es kulturelle BrückenbauerInnen, die Bereitschaft, sich über die Mauern der Vorurteile hinwegzusetzen, und die Erkenntnis, dass wir alle an der Verantwortung tragen, unsere, im Weltvergleich kleine Gesellschaft gelingen zu lassen.

Und es ist nicht so, dass Hamburg kein Know-how und keine Erfahrung im Umgang mit den Flüchtlingen hätte. Anfang der 1990er Jahre kamen innerhalb von zwölf Monaten 11.000 Flüchtlinge und Asylsuchende in die Stadt. Allein im Stadtteil St. Georg lebten rund 5.000 Zugewanderte in Ermangelung öffentlicher Unterkünfte in Hotels. Damals haben sich, neben der Stadt, auch viele freie Träger engagiert. Viele Projekte sind mit dem Abebben der Flüchtlingswelle wieder eingestellt worden. Momentan scheint der Senat zu versuchen, alles möglichst in eigener Hand und Regie zu behalten. Hier

könnte recherchiert werden, was an Ideen und Ressourcen bei den Trägern noch vorhanden ist.

Ein bisher völlig außer acht gelassener, aber entscheidender Aspekt ist jedoch, dass rund 30% der HamburgerInnen einen Migrationshintergrund haben. Ebenso wie ein Großteil der deutschstämmigen Bevölkerung sind sie zumeist damit beschäftigt, ihr eigenes Leben zu meistern, doch es ist zentral, sie als verantwortliche Mitakteure unserer Gesellschaft zu gewinnen.

So existiert auch eine Vielzahl funktionierender und handlungsfähiger Organisationsgemeinschaften, die von der deutschen Gesellschaft oftmals mit Misstrauen betrachtet werden. Dabei gilt es, diese als Akteure und PartnerInnen im Engagement zur Integration von Flüchtlingen zu gewinnen. Dies kann jedoch nur mit Offenheit und Wertschätzung vonseiten der restlichen Gesellschaft und Politik gelingen. Es wäre an der Zeit, etwas wirklich Neues zu gestalten.

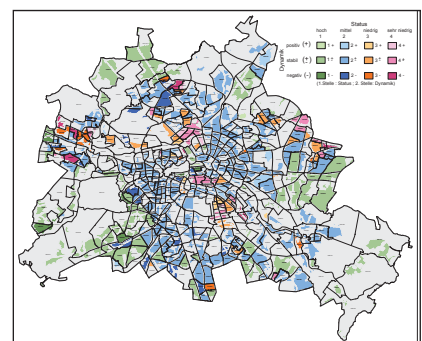
Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Um die **Wohnsituation von Haushalten in Hamburg** geht es bei einem neuen Material des Statistischen Amtes. Die nunmehr vorliegende Auswertung des Zensus 2011 ergibt, dass die durchschnittliche Wohnungsgröße in Hamburg bei 76 qm liegt – dazu sollte ergänzt werden, dass der Durchschnitt der im vergangenen Jahr fertiggestellten 6.200 Wohneinheiten bei rund 103 qm lag. Wie sich die Wohnfläche auf die verschiedenen Haushalte verteilt, das erfährt mensch in der betreffenden Ausgabe »Statistik informiert...« Nr. 92/2014, erhältlich im Netz unter www.statistik-nord.de/zensus2011/.



Stadtentwicklung hat immer auch etwas mit der Schaffung und Pflege der Grünanlagen zu tun. Eine schöne **Ausstellung** aus Anlass des 100jährigen Bestehens des von Fritz Schumacher (1869–1947) initiierten Stadtparks zeigt noch **bis zum 23. Februar 2015** das Hamburg Museum (Holstenwall 24). Zu den »Park Pionieren«, so der Titel der Präsentation, mehr unter www.hamburgmuseum.de.

Das so genannte Monitoring ist mittlerweile zu einem anerkannten Instrument in der Stadt(teil)entwicklung geworden. Vorausgesetzt, die richtigen Kriterien werden bei der Dauerbeobachtung zugrunde gelegt, lassen sich wichtige Tendenzen ablesen: Stürzt ein Stadtteil ab, gibt es Aufwertungs- und Verdrängungsphänomene usw. Auch wenn Hamburg inzwischen auch ein Sozialmonitoring betreibt, Berlin ist da erheblich länger dran und weiter, wie der Bericht »**Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2013**« zeigt. Herunterzuladen ist er hier: www.stadtentwicklung.berlin.de/plannen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/.



Prof. Margit Meyer von der FU Berlin ist am **Donnerstag, den 3. Juli**, zu Gast in Hamburg und diskutiert über das Thema **Soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt**. Im Fokus stehen aktuelle Konflikte und Bewegungen im städtischen Raum, vor allem, »um die Gegensätze zwischen von der kreativen Stadt-Politik profitierenden Bewegungsakteuren und solchen, die stärker von repressiven und Austeritätsmaßnahmen betroffen sind«, zu problematisieren. Die Veranstaltung im Rahmen des diesjährigen Siegfried-

Landshut-Colloquiums beginnt um 18.00 Uhr im Raum S27 des Fachbereichs Sozialökonomie der Universität Hamburg (Von-Melle-Park 9). Weitere Infos unter www.wiso.uni-hamburg.de/es/fachbereiche/sozialoekonomie/forschung/zoess/aktuelles/ansicht/meldung/siegfried-landshut-colloquium-2014-urbaner-raum-in-bewegung/.

NSU-TATORT HAMBURG

Um den **NSU-Tatort Hamburg** geht es auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit dem gleichnamigen Projekt am **Sonntag, den 6. Juli**, um 19.30 Uhr in der Werkstatt 3 (Nernstweg 32/34). Über den gegenwärtigen Stand der Erkenntnisse und den Prozess berichten Gül Pinar (Nebenklängervorteilerin beim Münchener NSU-Prozess), Martina Renner (Bundestagsabgeordnete der LINKEN) und Christiane Schneider (Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete der LINKEN).

Zum parteiöffentlichen Ratschlag **Mehr Rechte für die Bezirke** lädt der Landesverband der Hamburger LINKEN am **Dienstag, den 8. Juli**, von 18.00 bis 21.00 Uhr ins Curiohaus (Rothenbaumchaussee 15) ein. Ausgehend von der vom Verein Mehr Demokratie e.V. angekündigten Volksinitiative zur Stärkung der Bezirke und der erfolgreichen Bürgerinitiative »Altonaer Manifest« will DIE LINKE an diesem Abend ihre Position diskutieren und festlegen. Tim Golke, Metin Kaya sowie ein Vertreter des Altonaer Manifest führen in den Ratschlag ein.



Am **Dienstag, den 15. Juli**, heißt das Thema des LINKEN-Ortsverbandes Alstertal/Walddorfer **Mehr bezahlbare Kulturangebote erkämpfen – auch in den Großsiedlungen Hummelsbüttels und am Tegelsberg**. Die Veranstaltung beginnt um 19.00 Uhr im Sportlerheim des SC Poppenbüttel (Bültenkoppel 1), Referent ist Michael Joho, wiss. Mitarbeiter bei Heike Sudmann und Tim Golke.



Die komplizierte, zum Bürgerkrieg neigende **Lage in der Ukraine** ist Thema einer Veranstaltung des Hamburger Forums für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V. Dazu referieren am **Mittwoch, den 16. Juli**, um 19.00 Uhr im Curio-Haus (Rothenbaumchaussee 15) die hellen Köpfe Uli Cremer und Kai Ehlers.

Sage und schreibe 15.484 Fahrräder wurden im vergangenen Jahr bei der Polizei als gestohlen gemeldet, nur 4,4% der Diebstähle konnten aufgeklärt werden. Zahlen, die den Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) dazu veranlassen, zur **Codierung der Fahrräder** aufzurufen. Das schützt zwar nicht vor dem Klau, erleichtert aber bisweilen die Wiederbeschaffung. Einmal im Monat kann mensch diese Codierung beim ADFC vornehmen lassen, das nächste Mal am **Freitag, den 25. Juli**, von 15 bis 18 Uhr in der Koppel 34/36. Das kostet 8 Euro, für ADFC-Mitglieder 4 Euro. Mehr zum Diebstahlschutz unter www.adfc.de/technik/diebstahl.



Hinweisen möchten wir auch schon einmal auf das **Rote Sommerkino**, das bereits seit mehreren Jahren umsonst und draußen im Hammer Park stattfindet. Am **Freitag, 15. August, um 20.30 Uhr**, läuft auf Einladung von Jan van Aken und der LINKEN Stadtteilgruppe HaHoBo das französische Großstadtmärchen »Zusammen ist man weniger allein«, bereits ab 19 Uhr gibt es Gegrilltes und Getränke gegen Spende.

Fünf Jahre »Engagierte WilhelmsburgerInnen«

Von Heike Sudmann



2009 hat es der von den GRÜNEN mitgetragene Senat geschafft, mit seiner Verkehrspolitik viele Menschen in Wilhelmsburg auf die Barrikaden zu bringen. Was als Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße positiv ummäntelt wurde, sollte real eine neue Autobahn durch Wilhelmsburg werden. Die Autobahn ist noch nicht da, Klagen dagegen laufen und enden hoffentlich positiv. Wer jedoch immer noch da ist, das sind die »Engagierten Wilhelmsburger« – und WilhelmsburgerInnen.

Unermüdlich haben sie in den letzten fünf Jahren gegen die unsinnigen Straßenbauprojekte des Senats wie die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße und den Bau der Hafenuerspanne gekämpft. Sie haben sich ein Fachwissen angeeignet, das manchE PlanerInnen in Verlegenheit gebracht hat und immer noch bringt. Das Plakat zur Feier des Jubiläums zeigt einen Ausschnitt der vielen Aktionen, die mit ungeheurer viel Kreativität und Lust durchgeführt wurden.

Liebe Engagierte, ich gratuliere euch von ganzem Herzen zu eurer fünfjährigen Arbeit, wünsche euch weiterhin viele tolle Ideen – und natürlich den vollen Erfolg gegen die Senatspolitik!

Mit den MitstreiterInnen, UnterstützerInnen, FreundInnen, NachbarInnen und allen Interessierten wird übrigens gefeiert, und zwar am **Samstag, den 5. Juli**, von 11.00 bis 16.00 Uhr im Vereinshaus des VKE (Brackstraße 43). Ob's noch Plätze gibt, sollte unter der Mobilnummer 0176/48 30 22 87 oder per Email an info@die-engagierten-wilhelmsburger.de erfragt werden.

Keine Seilbahn über unseren Köpfen!

Nein zur Musical-Seilbahn!

Zweimal bereits hat die Bezirksversammlung Mitte das Ansinnen abgelehnt, eine Seilbahn von St. Pauli/Neustadt zu den Musical-Theatern auf der anderen Seite der Norderelbe zu errichten. Nun hat eine den potenziellen Seilbahnbetreibern nahestehende Initiative mit bezahlten Unterschriftensammler*innen ein Bürgerbegehren durchgesetzt, und zwingt die BV somit, sich erneut mit dem Thema zu befassen.

Die zahlreichen Gründe gegen den Bau einer solchen Musical-Seilbahn gelten nach wie vor:

- **Die Seilbahn ist kein Verkehrsmittel, sondern ein touristisches Event;**
- **sie dient nicht dem "Sprung über die Elbe" sondern lediglich dem Anschluss der Musical-Theater an St. Pauli;**
- **eine logistische Notwendigkeit hierfür besteht nicht: die Anfahrt per Hafenfähre ist wie bisher möglich, eine Überlastung der Landungsbrücken besteht laut HVV nicht und zusätzliche Fahrten mit der Linie 72 ab Elbphilharmonie sind möglich;**
- **der ohnehin schon stark belastete Bereich Millerntorplatz/Heiligengeistfeld würde zusätzlich durch Anreise- und Parksuchverkehr sowie Reisebusse belastet;**
- **für den Bau der nördlichen Seilbahnstation würden über 20 Bäume im alten Elbpark und vor Planten und Bloomen mit einem Stammumfang von über zwei Metern gefällt und das historische Gebäude der alten Feuerwache abgerissen werden;**
- **der für die Einwohner*innen St. Paulis und der Neustadt immens wichtige Park würde als Naherholungsbereich stark beeinträchtigt;**
- **ein Kostenrisiko ist – den anderslautenden Behauptungen der Initiative zum Trotz – sehr wohl vorhanden: die vergleichbare Seilbahn in London z.B. wurde erheblich teurer als zunächst geplant.**

Diese Seilbahn ist kein Geschenk, sondern eine massive Inanspruchnahme öffentlichen Raums für rein private Interessen!

Wir fordern die Abgeordneten der Bezirksversammlung auf, dieser Sondernutzung eine klare Absage zu erteilen!



<http://keine-seilbahn.de>



Keine Seilbahn über unseren Köpfen!

Mit dieser Parole werben die Seilbahn-GegnerInnen längst nicht nur in St. Pauli um Unterstützung. Nachdem die Mehrheit der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte – konkret die SPD, GRÜNEN, PIRATEN und selbstverständlich die LINKE – das Profite versprechende Projekt der Stage Entertainment GmbH erneut abgelehnt hat, findet am Sonntag, den 24. Au-

gust, nun ein Bürgerentscheid statt. Alle BürgerInnen des Bezirks Mitte entscheiden also darüber, ob zwischen den Elbufern eine 1,5 km lange Seilbahn-Event-Strecke in lichter Höhe von ca. 80 m entsteht. Wir dokumentieren hier das Flugblatt der Anti-Seilbahn-Initiative, das kurz vor der Bezirksversammlung am 19. Juni verteilt wurde.

Sand ins Auge: die Wohnungspolitik des Senats



Neubau in Hamm: Miete z.B. für 64 qm inkl. NK 1.044,- €! (Foto: M. Fisch)

Wie zu erwarten war, feierte sich der Senat hinsichtlich seines Wohnungsbauprogramms in einer Pressemitteilung vom 12. Juni selbst: »Seit 2011 über 30.000 Wohnungen genehmigt – großer Bauüberhang in Hamburg«. Genau eine Woche später lobte Bürgermeister Scholz das »Engagement der Wohnungswirtschaft« über den Klee: »2011 fehlten 40.000 Wohnungen – seit 2011 gibt es 30.000 Baugenehmigungen«. Doch was ist dran an diesen Erfolgsmeldungen, die mit Blick auf die Bürgerschaftswahl im Februar 2015 quasi vorprogrammiert waren?

Beantworten wir zunächst zwei den Menschen unter den Nägeln brennenden Fragen:

- **Hat sich die Wohnungsnot in den letzten Jahren entspannt oder verschärft?** Sie hat sich weiter verschärft! Dies gilt zumindest für die Menschen mit weniger bis ganz wenig Einkommen! Alleine der Sozialwohnungsanteil geht in großen Schritten zurück – von 96.000 Ende 2012 auf prognostizierte 63.000 im Jahre 2017.
- **Hat sich der Mietensinn in den vergangenen Jahren wenigstens abgemildert oder gar beschleunigt?** Er hat sich beschleunigt! Dies trifft in besonderem Maße auf die innenstadtnahen Quartiere zu, aber längst auch auf davon entferntere Stadtteile wie z.B. Hamm oder Wilhelmsburg, wo die Quadratmeter-Miete laut »Ohmoor-Studie« von 7,50 Euro (2010) auf 10,00 Euro (2014) angewachsen ist (Hamburger Abendblatt, 2.4.2014). Laut der jüngsten und größten Wohnungsmarkt-Studie des Immobilien-Portals »Immonet« vom Mai 2014 lagen die Angebotsmieten Ende 2013 in Hamburg bei durchschnittlich 11,21 Euro, deutschlandweit bei 6,55 Euro (BILD Hamburg, 15.5.2014).

Zwei Fragen, zwei Antworten, die den subjektiven Eindrücken des Großteils der Hamburger BürgerInnen entsprechen dürften. Doch wie erklärt sich dieser vermeintliche Widerspruch – das triumphale Gehebe des SPD-Senats auf der einen Seite und die zunehmenden Sorgen großer Teile der Hamburger Mieterschaft auf der anderen? Eigentlich relativ einfach: Der Senat hat wohnungspolitisch tatsächlich einiges – im Gegensatz zu seinem CDU-GRÜNEN-Vorgänger – auf den Weg gebracht, doch das reicht hinten und vorne nicht, er setzt z.T. die falschen Akzente und streut auch noch sackweise Sand in die Augen der BürgerInnen. Dies sei an einigen Aspekten verdeutlicht.

Es ist durchaus zu würdigen, dass im vergangenen Jahr erstmals seit langem wieder 6.407 Wohneinheiten fertiggestellt worden sind – in 2011 waren es erst 3.307. Anzumerken wäre aber doch, und dies kaschiert der Senat nur allzu gerne, dass vom Neubauvolumen »etwa fünf bis acht Prozent« infolge von Abrissen abzuziehen sind (Hamburger Abendblatt, 17./18.5.2014), vielleicht noch mehr, wie das Beispiel des Bezirks Nord zeigt: Dort standen im Jahre 2012 genau 448 abgerissene Wohneinheiten den 832 neu errichteten gegenüber (Nordnetz-Initiativenzeitung, Mai 2014)! Jedenfalls hat Scholz das von ihm 2011 gegebene Wahlversprechen, »jährlich 6.000 neue Wohnungen« zu bauen, zum ersten Mal 2013 einhalten können. Doch, wie von uns im »BürgerInnenbrief« immer wieder betont, es lohnt schon, genauer hinzugucken und die Frage zu stellen, was denn da konkret errichtet worden ist. Und so ergibt sich, dass im Jahre 2013 lediglich 654 öffentlich geförderte Mietwohnungen übergeben werden konnten – entgegen der großspurigen Ankündigung, jährlich 2.000 öffentlich geförderte Wohneinheiten, davon 1.200 Sozialwoh-

nungen im 1. Förderweg, fertigzustellen. Und die SAGA hat es in 2013 gerade mal auf 229 neue Wohneinheiten gebracht, 1.000 visiert sie seit Jahren an (Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Baufertigstellungen, Drs. 20/11986, vom 10.6.2014).

Vom ständig im Mund geführten »Drittmix« (je 33% öffentlich geförderter Wohnraum, frei finanzierter Wohnraum und Eigentumswohnungen) ist also weit und breit noch nichts zu sehen, schon gar nicht, was die erschwinglichen Sozialwohnungen des 1. Förderweges mit einer Einstiegsrente von 6,10 Euro/qm netto-kalt anbelangt. Warum eigentlich überhaupt ein Drittmix, den der Senat wie ein Panier vor sich herträgt? Schließlich beträgt die Eigentumsquote in Hamburg gerade einmal 23% (Statistik informiert, 4.6.2014), da treiben die anvisierten 33% den Eigentumswohnungsanteil beträchtlich nach oben. Gut für die, die sich so etwas erlauben können, gut auch für die, die daran verdienen, ganz schlecht aber für diejenigen, für die eben keine bezahlbaren Mietwohnungen gebaut werden.

Im Gegensatz zum Senat – der tönt, es sei (ihm) egal, was gebaut wird, Hauptsache, es würde gebaut – vertreten wir die Auffassung, dass der »angespannte Wohnungsmarkt« (auch so ein Euphemismus) nur von unten, also durch den massenhaften Bau günstiger, öffentlich geförderter Sozialwohnungen entlastet werden kann. Selbst wenn durch teure und teuerste Wohnungen ein »Sickereffekt« eintreten würde – der besagt, jemand mit viel Kohle zieht in eine neu errichtete, teure Wohnung und macht eine billigere frei –, ist dies schon deswegen Sand in den Augen, weil Hamburg in den letzten Jahren um einige Zehntausend BürgerInnen angewachsen ist. Alleine für diese reichen die Neubauwohnungen kaum hin.

Und was erleben wir zudem auf dem privatkapitalistisch funktionierenden Mietwohnungsmarkt? Neuvermietungsmieten von 12 bis 20 Euro und Weitervermietungsmieten, die oftmals in ähnlicher Höhe angesiedelt sind. Denn es ist ein Märchen, dass eine frei finanzierte Wohnung, die vielleicht einmal wegen eines lange währenden Mietvertrages vergleichsweise günstig geblieben ist, bei einer Neuvermietung noch diesen Preis hat. Im Gegenteil, wir alle fürchten einen Umzug, weil wir genau wissen, dass eine andere, frei gewordene Wohnung erheblich teurer sein wird, eben weil der Eigentümer die Mieten mal eben um 20, 30 oder 40% erhöht. Von wegen Sickereffekt!

Bleiben wir bei der uns von der SPD so positiv angepriesenen Zahl von 6.407 fertiggestellten Wohneinheiten. Wie schon erwähnt, der Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen (inkl. der des 2. Förderweges mit einer Einstiegsrente von 8,20 Euro/qm netto-kalt) betrug unter den Neubauten im vergangenen Jahr gerade einmal 10%. Aber der Anteil der Wohnungen in Gebäuden mit Eigentumswohnungen ist massiv gewachsen, nämlich von 20,9% (= 791 in 2012) auf sagenhafte 34,9% (= 2.236 in 2013), alles nachzulesen in der o.a. Drs. zur Baufertigungsstatistik.

Vor diesem Hintergrund verwundert es auch nicht, dass die durchschnittliche Größe der 2013 neu errichteten 6.407 Wohneinheiten bei sage und schreibe 102,1 qm lag (Drs. 20/11986 vom 10.6.2014). Im Hamburger Durchschnitt liegen

die Wohnungsgrößen gegenwärtig bei rund 76 qm (Statistik informiert, 4.6.2014). Es wird schon irgendwie gebaut, aber für die Masse der Wohnungssuchenden mit kleinem oder mittlerem Geldbeutel eben viel zu groß und schon von daher auch viel zu teuer.

Der Senat bestreitet explizit eine Wohnungsnot, allenfalls in einigen City-nahen Quartieren und in Ottensen – so Staatsrat Michael Sachs – gäbe es Engpässe. Er hätte Recht, wenn er sagen würde, wir haben in Hamburg keine Wohnungsnot für die gut Betuchten und Reichen. Er verschweigt aber, dass wir ein massives, wachsendes Problem für die Haushalte mit wenig oder durchschnittlichem Einkommen haben – eben weil die bisherige SPD-Politik daran nichts geändert hat und weiterhin die falschen Akzente setzt. Auf zwei Kleine Anfragen der Linksfraktion musste der Senat einräumen, dass der Anteil der mietenspiegelrelevanten Wohnungen unter 6,- Euro/qm netto-kalt von 44,8% (= 233.946 Wohneinheiten in 2009) auf 32,7% (= 175.534 Wohneinheiten in 2011) und dann bis 2013 auf 24,3% (= 131.706 Wohneinheiten) dramatisch abgesunken ist (Drs. 20/4998 vom 14.9.2012; Drs. 20/10246 vom 17.12.2013). Damit haben sich innerhalb von nur vier Jahren der Anteil und die Zahl der Wohnungen unter 6,- Euro/qm netto-kalt nahezu halbiert.

Die negativen Auswirkungen dieser Politik beschrieb im Juli 2013 die Bertelsmann-Studie »Wohnungsangebot für arme Familien in Großstädten«. Darin heißt es u.a.: »Im Durchschnitt sind in den 100 [größten deutschen] Städten rund 35 Prozent aller familieneigneten Wohnungsangebote (Eigentümergebote, Eigentumswohnungen, Mietwohnungen) mit einem lokal durchschnittlichen Familieneinkommen finanzierbar. Die Werte streuen dabei stark zwischen 6 Prozent in Jena und 65 Prozent in Zwickau. Im Norden fällt Hamburg mit einem sehr geringen Anteil an allen Wohnangeboten (11 Prozent) für Familien mit einem im städtischen Kontext durchschnittlichen Einkommen auf.«

Wie wenig den Senat die angemessene Versorgung gerade der GeringverdienerInnen interessiert, macht sich an einem weiteren Beleg fest. Anfang 2014 wurde die so genannte Gebietsfreistellung – das meint den Umstand, die Einkommensbegrenzung bei der Anmietung öffentlich geförderter Sozialwohnungen temporär und lokal begrenzt aufzuheben – für Mümmelmannsberg und Steilshoop (seit 1977) sowie Neuallermöhe-West (seit 1997) bis 2015 und für Wilhelmsburg (seit 1997) sogar bis 2020 erneut verlängert. Damit stehen laut Senatsantwort auf eine Anfrage der Linksfraktion vom 21. Februar 2014 (Drs. 20/10649) gut 21% (= 19.000 Wohneinheiten) des sowieso schon viel zu kargen Sozialwohnungsangebots den einkommensärmeren Haushalten potenziell nicht zur Verfügung. Und das bei rund 7.500 Haushalten, die trotz Dringlichkeitsscheins oder –bestätigung mit Wohnraum zurzeit unversorgt bleiben.

Wir alle sollten uns mit den Fakten zur Wohnungspolitik intensiv auseinandersetzen. Denn diese wird vermutlich zum entscheidenden Dollpunkt der Bürgerschaftswahl im Februar 2015. Die SPD hat ihr Wohnungsbauprogramm bereits in Stellung gebracht.

Kulturipp: Erinnern an den Ersten Weltkrieg



Hintergrund: Verdun 1915 (Wikipedia); Portraits: Anna und Robert Pöhländ

Zum wiederholten Male kommen wir nicht umhin, gleich auf mehrere Veranstaltungen hinzuweisen. Kein Wunder, denn es dreht sich dieser Tage einiges um die Erinnerung an den »Kriegsausbruch« Anfang August 1914, also vor genau 100 Jahren.

Bereits am Donnerstag, den 3. Juli, findet um 19.00 Uhr im Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof 60) eine Lesung mit Rolf Becker statt. Der bekannte Schauspieler liest aus dem Werk »Die Pöhländs im Krieg«, d.h. aus Briefen einer sozialdemokratischen Bremer Arbeiterfamilie, die zwischen den Eheleuten Anna und Robert Pöhländ bis zu dessen Tod an der deutsch-französischen Front im Oktober 1916 ausgetauscht wurden. »Die Korrespondenz ist proletarische Widerstandsliteratur gegen den Krieg« – so der Veranstalter, der gewerkschaftliche Kulturverein Be60 – »und schildert eindrucksvoll den Alltag mit all seinen Gefahren an der Front und seinen Nöten in der Heimat«. Der Eintritt beträgt 6 Euro, eine Ermäßigung ist möglich.

Wer sich mit historischen Dokumenten (Plakaten, Bildern, Anzeigen, Werbung etc.) zu »Krieg und Propaganda 14/18« beschäftigen möchte, dem/der sei die gleichnamige Ausstellung

im Museum für Kunst und Gewerbe (Steintorplatz) wärmstens empfohlen. Noch bis zum 2. November können hier beeindruckende Exponate besichtigt werden, die die »Propaganda-Strategien« (Abendblatt) bzw. »die Kampagnen des Schreckens« (Morgenpost) veranschaulichen und entlarven. Mehr dazu unter www.mkg-hamburg.de.

Und auch das schon traditionelle, von etlichen Gruppen und Friedensinitiativen getragene Ohlsdorfer Friedensfest ist in diesem Jahr unter dem Motto »Technisierung und Massenvernichtung« nicht nur den Opfern des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges gewidmet, es geht zu einem Teil auch um das Erinnern an das Grauen des Ersten Weltkrieges. Vom 19. Juli bis zum 3. August ist der Ohlsdorfer Friedhof Ort von rund 20 Veranstaltungen. Am Sonntag, den 20. Juli, gibt es um 16.00 Uhr am Mahnmal für die Opfer des Bombenkrieges z.B. eine Lesung aus dem Werk »Menschenschlachthaus«, das der Hamburger Reformpädagoge Wilhelm Lamszus in visionärer Voraussicht 1912 verfasst hatte. Das Gesamtprogramm findet sich hier: www.volksbund.de/fileadmin/redaktion/Landesverbaende/Hamburg/Flyer_OFF_2014_-_mail.pdf.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.